

Aufruf an die Parlamentarier der Welt

Leandro Maceo Leyva



Der Ausschuss für Internationale Beziehungen der Nationalversammlung der Poder Popular nahm in Repräsentation aller kubanischen Abgeordneten einen Aufruf an die Parlamentarier der Welt an, damit sie die Regierung der Vereinigten Staaten auffordern, die Kuba auferlegte Blockade zu beenden.

Entgegen der Erwartungen der internationalen Gemeinschaft, der gegenwärtigen Debatte im Kongress und der öffentlichen Meinung des Landes hat die Regierung von Präsident Obama, immer mehr von seinen Wahldiskurs abweichend, keine wesentlichen Änderungen in ihrer Kuba-Politik vorgenommen.

"Die Blockade bleibt unangetastet, und es wurden nicht die breiten verfassungsmäßigen Vorrechte genutzt, die die Exekutive befähigen würden, wichtige Änderungen einzuführen, wenn sie beschließen würde, dies zu tun", heißt es im Dokument.



Die US-Regierung behindert weiterhin den Verkauf von Nahrungsmitteln an Kuba durch Unternehmen jenes Landes und hat keinerlei Aktionen unternommen, damit dieser Verkauf entsprechend den regulären Normen, Kanälen und Praktiken des internationalen Handels ablaufen könnte.

Diese unhaltbare Politik habe insbesondere bedeutet, dass durch Terrorakte 3.478 Kubaner starben und 2.099 bleibende Behinderungen erlitten. Sie forderten insgesamt 5.577 Opfer, mehr als die Attentate auf die Twin Towers und in Oklahoma zusammen, heißt es weiter.

"Außerdem hat die Blockade Kuba 751,363 Milliarden Dollar — eine aufgrund der Abwertung des Dollar gegenüber dem Gold konservativ berechnete Zahl — gekostet", klagt der Text an.

Ramón Pez Ferro, Präsident des Ausschusses für Internationale Beziehungen, leitete die Veranstaltung, auf der die Abgeordneten ebenfalls die Forderung nach Freiheit für die fünf Patrioten bekräftigten.